

Beiförderungszeitung

Lageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heilige Zeitung des Bezirks

Beigesetzte: Sterblich 20 M. ohne Zugaben. — Einzelne Nummern 20 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postfach-Konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Landeshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die beobachteten Preise: 1 M. unterhalb der Hauptmaut 1 M. im amtlichen Zeit (nur von Beobachtern) bis Zeile 200 M. — Ganzseitig nach Zeilen 200 M.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 48

Sonnabend den 25. Februar 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Für die Sparkasse des Gemeindeverbandes Höhdendorf mit Nachbarorten sind auf die Zeit bis Ende 1924 gewählt worden die Herren:

1. Gemeindevorsteher Otto Hermann Eugen Heber in Höhdendorf als Stellvertreter des Direktors und
2. Gemeindevorstand Kohl in Borlas als Stellvertreter des Kassierers.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde,
am 2. Februar 1922.

Q 7 S.

Öffentliches und Sachliches.

Dippoldiswalde. Um die Faschingszeit rüstet die privil. Schützengesellschaft ihre Mitglieder und Angehörige alljährlich zum Convent-Vergnügen zusammen, das meist als Kostümfest gefeiert wurde. Man darf wohl behaupten, daß dieses Fest neben ähnlichen des Männergesangvereins mit zu den schönsten gezählt wurde. Auch diesmal war nicht anders. Als Grundgedanke lag nach Vorschlag des Vergnügungsausschusses „Ein Abend in Venedig“ dem Feste zugrunde. Bau- und Dekorationsausschuß in Verbindung mit den Herren Baumeister Fritsch und Malermestern Göting und Pöge batten den Reichskronensaal in den Marktplatz verwandelt. Die mächtigen Kuppeln der Markuskirche grüßten von der Ostseite des Saales, davor erhob sich der schlanke Markusturm und die langen Gebäude der Prokuratorien leiteten nach der Tanzfläche des Saales über, während in der Muschel die Kirche Santa Maria della Salute und daneben der Dogenpalast das farbenfreudige Bild abschlossen. Bis kurz vor Festbeginn hatten die Maler arbeiten müssen, ihre und aller anderen Arbeit fand aber allseitige Anerkennung. Von 7 Uhr ab fanden sich Italiener und Italienerinnen, Barkenführer, doch auch viel „Fremdlinge aus dem Durchreise“ ein, weiter auch ein paar Neger, die sich später im Ringkampf machen, Bärenführer, Spanier und dergleichen. Die Stimmung wuchs schnell. Eine Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Herrn Haubold, der darin auch den Ausführenden Dank abstotete, ging unter in der heiteren Fröhlichkeit. Eine Tombola mit einer großen Zahl schöner Gewinne trug ebenfalls bei die Laune zu heben. Jeder Festteilnehmer wird vollbefriedigt nach Hause gegangen sein und sich gern des Faschings 1922 in der Schützengesellschaft erinnern.

Am Mittwoch den 22. 2. ds. Wts. nachmittags in der Zeit von 4—6 Uhr ist einem Schüler aus dem Garderoberaum in der Deutschen Müllerstraße ein „urzer Jagdpelz im Werke von 12—15000 Mark“ abhanden gekommen. Der Pelz hatte grau-grünen Stoßbezug, war innen mit Opossum abgefüttert und mit einem Überkragen versehen.

Schmiedeberg. Den Abend am Tage der Glodenweihe füllte ein überaus wohl gelungenes Kirchenkonzert aus. Von einheimischen Kräften beteiligten sich Fräulein Johanna Machner (Sopran) mit Reinholers „Ich will Dich preisen“, warm und froh vorgetragen, der freiwillige Kirchenchor mit 2 mehrstimmigen Liedern von Franciscus Nagler und Beethoven, die in wunderschön abgedämpfter Form ganz prächtig gelungen waren und Herr Kantor Große mit zwei Prädikationen von Bach, die wieder einmal die Klangschönheit und geheimnisvolle Wunderwelt unserer vorzüglichen Orgel zum Ausdruck brachten. Den Höhepunkt des Abends bildeten zweifellos Herrn Gottfried Hofmann-Stirl's—Dresden-Loschwitz mit großer Eleganz und Gemütstiefe vorgetragenen Mozart- und Mendelssohn'schen Violinenvorträgen und vor allen der Dresdner gefeierte Sängerin Frau Marie Lützkes Jesus-Lied von Hildach und Abendlied von dem Chemnitzer Kantor P. Geisdorf. Was der andächtig lauschenden Gemeinde insbesondere in diesen beiden Liedern — es wurden außerdem noch Albert Beders Psalm 147 und Reinhold Beders kraftvoll mit Gemeindegesang schließend „Du bist der Herr“ gelungen — geschenkt ward, dieses weiche und doch volle Klängen einer so reisen Frauenstimme, das wird noch lange unsere Herzen bewegen. Alles in allem, ein überaus harmonischer Abschluß, wie ihn dieser Tag auch verdiente.

Beerwalde. Als man beim Gutsbesitzer Oeser, hier, Schacharbeiten zum Bau einer Scheune ausführte, stieß man auf ein menschliches Skelett, eines etwa 30—40jährigen, das gegen 60 Jahre in der Erde gelegen haben dürfte. Sein Herkommen ist unbekannt.

Altenberg. Am 13. Februar wurde der Haushaltplan 1921 genehmigt mit 502 366,01 M. in Einnahme und Ausgabe und beschlossen, auf 1921 die Grundsteuer mit 1 M. pro Einheit zu erheben.

Waren. Am nächsten Sonntag begeht der Maxener Frauenverein und der Jungfrauenverein sein Jahresfest durch einen Familienabend mit verschiedenen Aufführungen ernsten und heiteren Charakters.

Infolge Einführung der neuen Kirchengemeindeordnung der lutherischen evang. Landeskirche machen sich auch in unserer Kirchengemeinde Kirchenvorstandswahlen nötig. Die Wahl findet am 12. März nach Beendigung des Gottesdienstes statt.

Dresden. Die XI. ordentliche Evangel.-Luth. Landes-Synode brachte in ihrer Sitzung vom 23. Februar das langwierige Werk der neuen Verfassung für die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsen zum Abschluß. Als wichtigster Punkt dieser Verfassung darf wohl die Schaffung des Amtes und des Titels eines Landesbischofs gelten. In bedeutsamen Ansprachen würdigten der Präsident der Synode Dr. Seezen-Wurzen und der Präsident des Landeskonsistoriums Dr. Böhme—Dresden die Größe der Stunde.

Das Kultusministerium hat eine Verordnung über die Beteiligung von Schülern höherer Lehranstalten an nicht-politischen Vereinen erlassen. Die Genehmigung soll nur erteilt werden, wenn sich die Vereinsaktivität mit den Pflichten des Schülers in der Schule verträgt. Zum Beispiel können nicht erlaubt werden Teilnahme an Wettkämpfen, Aufführungen außerhalb des Schulortes, durch die sie dem Schulbesuch entzogen würden, und alle übrigen Veranstaltungen, durch die die Schul- und Hausordnung eine wesentliche Störung erleiden würde.

Wie die „Dresdner Volkszeitung“ hört, hat die Meldung einer Berliner Korrespondenz, wonach der Vertreter Sachsen im Reichsrat gegen die Einführung der 24-Stundenzeit votiert haben soll, ihre Richtigkeit. Das sächsische Gesamtministerium scheint mithin den Vorstellungen weiter Kreise aus Handel und Industrie nachgegeben zu haben. Auch sonst hat sich anscheinend gegenüber dem Plane der Einführung des 24-teiligen Ziffernblattes wenig Gegenliebe gezeigt.

Am Montag abend ist die Federchimie der Sächsischen Gußstahlfabrik in Freital-Deuben niedergebrannt.

Pirna. Die Stadtgemeinden Gottleuba und Berggiehobel und die Gemeinden Kleincotta, Neundorf, Langenhennersdorf, Dohna und Hartmannsbock haben sich zu einem Gemeindererverband zusammengeschlossen, um durch eigene Errichtung bezw. Förderung der oberhalb der Stadt Gottleuba geplanten Talsperre das angeflossene Wasser als Trink- oder Nutzwasser den Gemeinden zuzuführen. Auch ist geplant, die Triebkraft des Wassers wirtschaftlich auszunutzen.

Freiberg. Um die Stelle des Stadtkapellmeisters sind 81 Bewerbungen eingegangen und 4 Bewerber in die engere Wahl gezogen.

Nossen. Zur Bürgerschule wurden insgesamt nur 58 schulpflichtige Kinder gegen 100 Kinder im vergangenen Jahr angemeldet.

Penig. Für die Zwecke des Rathausumbaues hat die Stadt eine Lotterie genehmigt erhalten, deren Gewinne aus Meißner Porzellan bestehen.

Leipzig. Die Schulen bleiben bis Monatsende geschlossen. Wegen weiter anhaltenden Mangels an Heizstoffen hat der Rat beschlossen, die städtischen Schulen bis einschließlich 28. Februar geschlossen zu halten. Der Unterricht beginnt an allen städtischen Schulen wieder am 1. März.

Lichtenstein-C. Die Stadtverordneten bewilligten 300000 Mark zum Ankauf von Baumaterial, um Bauten in städtischer Regie ausführen zu lassen.

Halkenstein. Der Verband der Sächsischen Hausbesitzervereine hält keinen diesjährigen Verbandstag am 20. und 21. Mai in Halkenstein ab.

Stollberg. Die Stadtverordneten haben den Beitritt der Stadt zur sozialen Bauhütte für das Rohlenggebiet mit einer Einlage von 40 000 Mark beschlossen.

Werdau. Ein beim hiesigen Stadtrat beschäftigter Beamtenanwärter beging erhebliche Unterschreitung, indem er den Arbeitern abgezogene Steuerbeträge nicht abfertigte.

Reichenbach. Neuanschlüsse von Motoren an das Leitungsnetz des städtischen Elektrizitätswerkes dürfen vorläufig bis 1. April nicht mehr ausgeführt werden.

Reichenbach i. V. Einer der ältesten Bewohner unserer Stadt, der Tuchmachermeister und frühere Kirchendiener Wilhelm Wicker, ist hoch in den achtzig Jahren gestorben. Der Verwiegte stand 40 Jahre im Dienste der Kirche; er war der letzte Gardist aus den Zeiten der seligen Kommunalgarde.

Klingenthal. Ministerpräsident Bud war am Vorabend der wiederholten Stadtverordnetenwahl den hiesigen Mehrheitssozialisten beigeprungen und hatte versprochen, in einer

im Schützenhaus abgehaltenen Versammlung zu reden. Statt 1/29 Uhr erschien er freilich erst nach 1/210 Uhr; die Kopf an Kopf gedrangte Menge hatte jedoch gebüllig aus. Herr Bud schloß seine Aufführung mit der Mahnung: „Bringen Sie den Spruch in Ihrem Rathaus an; Holder Friede, solche Eintracht wohne unter diesem Dach — bis zum nächsten Freitag!“

Schulz. Die hiesige Papierfabrik, die vor annähernd 14 Tagen den gesamten Betrieb infolge des Eisenbahnerstreiks und des dadurch bedingten Kohlemangels einstellen mußte, hat den Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Schulz. Um zu verbüßen, daß sich die Böhmen die günstige Kronenvaluta zunehm machen und deutsche Waren aufzukaufen, geben hiesige deutschgesinnte Kaufleute Waren an Böhmen nur mit einem Aufschlag von 50% ab.

Löbau. Die Stadt, deren Wasserleitung schon seit Jahren unter Wassermangel leidet, der momentan in der heilen Jahreszeit zu einer ernsten Gefahr für die Stadt wird und wiederholt schon geworden ist, befindet sich ständig auf der Suche nach neuen Wasserquellen und hat derselbe schon sehr erhebliche Beträge aufgewendet. Jetzt will sie erneut in den Quellengebieten Bohrungen vornehmen und der Stadtmelderat hat hierfür neuerlich 30 000 M. Berechnungsgeld bewilligt. Bürgermeister Dr. Schärschmidt hat der Regierung die Anregung gegeben, das Gesetz über Enteignungen auch auf die Wasserrechte der Gemeinden auszudehnen.

Von der tschecho-slowakischen Grenze. Die alten 20-Heller-Münzen mit den Jahresziffern 1920 und 1921 werden weder zu Zahlungen noch zum Umtausche angenommen werden, da sie in der tschecho-slowakischen Republik niemals ein Zahlungsmittel waren. Die übrigen kleinen Geldmünzen österreichisch-ungarischer Währung, das sind die 10-Heller-, 2-Heller- und 1-Heller-Münzen, bleiben im Nominalwerke weiter im Umlauf. Durch eine besondere Kundmachung des Finanzministeriums wird bestimmt werden, wann die alten 20-Heller-Münzen auch im Werke von 10 Hellern überhaupt ein gesetzliches Zahlungsmittel zu sein aufhören werden; falls dies nicht schon früher geschieht, nach 30 Tagen.

Sächsischer Landtag.

97. Sitzung vom 23. Februar 1922.

Die Tribünen sind stark belegt. Am Regierungstische: Flechner, Präsident Gräfendorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. Das Haus tritt mit der zweiten Beratung des Antrages Jipfel-Kenner, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß keine Maßregelungen der am Streik beteiligten Elisenbahnen stattfinden, daß den Beamten ihre berechtigten Forderungen bewilligt und daß keine Belohnungen für Streikbrecher gezahlt werden, in die Tagesordnung ein. Abg. Müller-Leipzig (Unab.) begründet den Antrag und bittet um Annahme. Abg. Dr. Seestert (Dem.): Im Interesse der Reichsregierung halten wir Maßregelungen für berechtigt. Die Rothilfe war keine Streikbrecherarbeit, sie war sehr erwünscht. Ich beantrage, die Regierung zu beauftragen, die sie die Reichsregierung eracht, sich bei den ihr anhänglich des Elisenbahnenstreiks notwendig erscheinenden Disziplinierungen streng an die von ihr selbst gejogten Richtlinien zu halten und vor allem dafür zu sorgen, daß in Rücksicht auf die Notlage der unteren und mittleren Beamten deren berechtigte Forderungen in der Besoldungsordnung ungestört erfüllt werden. Abg. Müller-Chemnitz (Soz.): Wir stimmen für den Antrag der Kommunisten. Der Antrag Dr. Seestert (Dem.) wird abgelehnt, wogegen den Antrag Müller (Antrag Jipfel-Kenner) angenommen wird. Es folgt die 2. Beratung des Kap. 23a (Landestheater), sowie die 1. Beratung der Vorlage, die Schaffung der Stelle eines Generalmusikdirektors bei den Staatstheatern betreffend. Der Antrag des Haushaltsausschusses I lautet auf Annahme des Rechenschaftsberichtes für 1918/19. Beim Votum Staatstheater wird beantragt, die Einstellung für 1921 um 15 000 M. und für 1922 um 30 000 M. zu erhöhen. Beim Votum für Musikführungen lautet der Antrag dahin, die Einstellung für 1921 um 22 000 M. und für 1922 um 30 000 M. zu erhöhen und nach Vorlage vom 1. August 1922 ab die Stelle eines Generalmusikdirektors zu genehmigen und diesem ein Grundgehalt von 110 000 Mark nebst gesetzlichen Julagen sowie eine nichtpensionsfähige persönliche jährliche Julage von 580 400 M. zu gewähren. Abg. Dr. Rendtorff (Nat.): Ich habe sehr bedauerlich, daß für einen Generalmusikdirektor ein derartig hoher Betrag ausgewiesen wird, während für das Musikkonservatorium in Leipzig nur 100 000 M. bewilligt wurden. Abg. Liebmann (Unab.) spricht sich gegen die Schaffung einer neuen Generalmusikdirektorenstelle aus. Das sei eine rein städtische Angelegenheit. Der Ruf der Dresdner Oper steht und fällt nicht mit diesem neuen Posten. Kultusminister Flechner: Was die Frage des Konseratoriums in Leipzig angeht, so ist das Sache des Innenministeriums. Im Auschluß wurden keine Bedenken gegen die Schaffung eines Postens des Generalmusikdirektors erhoben. Die Dresdner Theater sind Unternehmen von Weltreput; es muß aber trotzdem dafür gesorgt werden, diesen Unternehmen eine noch höhere Entwicklungsmöglichkeit zu geben. Abg. Dr. Eberle (Nat.): beklagt an Hand von vielen Beispielen die wenige Achtung vor der Kunst.

Abg. Liebmann (Unabh.): Der Wertur eines Theaters darf nicht auf Kosten anderer Theater im Lande gesichert oder gefördert werden. Der Auschubantrag wird in allen Teilen angenommen. Auch die Einführung eines Generalauflösungskontrolleurs wird gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. In rascher Folge angenommen werden daran die Kap. 25 (Seminare), 62 (Votanischen Gorten usw.) und 79 (Straßen- und Wasserbauverwaltung). Dann beschäftigt sich das Haus mit der 1. Beratung des Antrages Menke (Unabh.). Einstellung von Arbeitserfolgen für die bei dem Eisenwerk Lauchhammer in Riesa beschäftigten Arbeiter betrifft. Nach der Begründung fragt Arbeitsminister Ristau Vorstellungen dem Antrag gemäß bei der Reichseisenbahndienstverwaltung zu. Der Antrag wird in 1. und 2. Beratung angenommen. Ebenso verfährt das Haus bei Beratung des Antrages Börbel (Unabh.) auf Wiedereinführung von Eisenbahnschülernabkarten für einzelne Wechselfahrten. Schluß 4.45 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag den 2. März.

Deutschlands Erntemengen.

Die tatsächlichen Ergebnisse der Erntemittelung dieses Jahres für Getreide und Haferfläche, die ein abschließendes Bild über den Ernteaufstand geben, sind nun bekannt geworden. Die Ernte in Getreide ist im allgemeinen als recht günstig zu bezeichnen, während die Ernte der Haferfläche und der sonstigen Futtermittel, wie Klee und Wiesenheu, als weniger gut anzusprechen ist. Die Zahlen beziehen sich auf das Reichsgebiet ausschließlich der abgetrennten Gebietsteile, auch Oberschlesiens. Die Vergleichszahlen entsprechen den heutigen Reichsgebieten.

Die Anbaufläche für Winterweizen beträgt im Deutschen Reich 1 274 368 Hektar gegenüber 1 159 280 Hektar für 1920 und 1 463 813 Hektar für 1913. Die Erntemenge überhaupt beträgt 2 623 937 Tonnen gegenüber nur 1 888 174 Tonnen für 1920 und 3 532 617 Tonnen für 1913. Der Durchschnittshälterertrag ist mit 2,06 weit besser als im Vorjahr. Mit Sommerweizen sind 166 672 Hektar gegenüber 216 121 Hektar im Jahre 1920 und 212 762 Hektar im Jahre 1913 bestellt worden. Die Erntemenge beträgt 309 883 Tonnen gegen 339 377 für 1920 und 510 467 für 1913. Der Durchschnittshälterertrag ist mit 1,86 besser als für 1920 mit 1,66, bleibt aber hinter dem von 1913 mit 2,40 zurück. Die gesamten Erntemengen bei Weizen betragen 2 933 820 Tonnen gegenüber nur 2 247 551 Tonnen im Jahre 1920, mithin rund 700 000 Tonnen — 14 Millionen Rentner in diesem Jahre mehr und gegen 4 043 084 Tonnen im Jahre 1913. Mit Winterroggen sind 4 184 579 Hektar gegenüber 4 176 095 Hektar im Vorjahr und 5 151 720 Hektar im Jahre 1913 bestellt worden. Die Erntemenge beläuft sich auf 6 711 573 Tonnen gegenüber 4 832 686 Tonnen im Vorjahr und gegen 9 987 150 Tonnen im Jahre 1913. Der Durchschnittshälterertrag beträgt 1,60 Tonnen gegen 1,16 Tonnen im Vorjahr und 1,94 Tonnen im Jahre 1913. Der Sommerroggengewicht nur geringe Ziffern auf. Es sind nur etwa 80 000 Hektar bestellt worden; die Erntemenge beträgt 87 000 Tonnen. Die gesamte Roggengenerie beläuft sich auf 6 798 638 Tonnen gegenüber nur 4 934 360 Tonnen im Vorjahr. Die diesjährige Ernte übersteigt somit die vorjährige um 1 864 000 T. — 37 000 000 Rentner. Die Friedensbörse 1913 belief sich für Roggen auf etwa über 10 000 000 Tonnen. Mit Sommergerste sind 1 136 413 Hektar bestellt worden, ungefähr dieselbe Erntefläche wie im Vorjahr und im Frieden. Die Erntemenge beträgt 1 938 995 Tonnen gegen 1 792 849 Tonnen im Vorjahr und etwas über 3 Millionen im Jahre 1913. Der Durchschnittshälterertrag ist mit 1,71 Hektar gegenüber dem des Vorjahrs mit 1,5 angegeben. Die Anbaufläche für Hafer weiß mit 3 162 224 Hektar einen kleinen Rückgang zu dem des Vorjahrs mit 3 213 390 Hektar auf; für 1913 betrug sie 3 924 706 Hektar. Dank des besseren Durchschnittshälterertrages beträgt jedoch die gesamte Erntemenge etwas über 5 Millionen Tonnen gegenüber 4 826 124 Tonnen für 1920 und 8 618 618 Tonnen für 1913. — Die Ziffern für Getreide sind daher recht günstig zu nennen. Die Getreideernte ist weit besser wie die des Vorjahrs, wenn sie natürlich auch nicht an die der Friedensjahre heranreicht. Dieses ist wohl hauptsächlich auf die noch immer nicht genügende Aufzehrung der Düngemittel zurückzuführen; eine Tatsache, die für die Landwirtschaft einen großen Hemmschuh an ihrer äußeren Intensivierung bedeutet.

Die Ernteziffern für Haferfläche, von denen die Kartoffeln natürlich am meisten interessieren, sind nicht ganz so günstig.

Die Anbaufläche weist mit 2 647 161 Hektar eine Steigerung über 200 000 Hektar gegenüber dem Vorjahr mit 2 422 485 Hektar auf und reicht beinahe an die Anbaufläche des Jahres 1913 mit 2 802 061 Hektar heran. Der Durchschnittshälterertrag liegt jetzt mit nur 9,88 Tonnen beträchtlich unter dem des Vorjahrs mit 11,51 Tonnen und demjenigen der Friedenszeit mit 15,71 Tonnen. Immerhin beträgt die gesamte Erntemenge doch noch 26 151 380 Tonnen gegenüber 27 877 190 Tonnen des Vorjahrs und etwas über 44 000 000 Tonnen des Jahres 1914. Die Kartoffelernte ist daher durchaus nicht so schlecht, wie die Befürchtungen erwartet ließen. Gewiß ist der Aussall von 1 500 000 Tonnen — 30 000 000 Rentner — gegenüber dem Vorjahr nicht unerheblich, trotzdem müssen ausreichende Mengen zur Ernährung der Bevölkerung vorhanden sein. Wenn diese dennoch fehlen, so kann dies nur auf andere, gutgemeinte, aber entgegengesetzte wirkende behördliche Maßnahmen, Transportmittelnot usw. zurückzuführen sein. Das nicht gerade günstige Ergebnis wird auch dadurch nicht erheblich gemildert, daß in diesem Jahre nur 541 243 Tonnen — 2,1 Proz. — erkrankt sind gegenüber 1 081 119 Tonnen — 3,7 Prozent — des Vorjahrs. — Mit Rücksichten sind 389 455 Hektar gegenüber 325 742 Hektar im Vorjahr bestellt worden. Obwohl der Durchschnittshälterertrag mit 29,49 Tonnen geringer ist, wie der des Jahres 1920 mit 24,38 Tonnen, übersteigt doch die diesjährige Erntemenge mit 7 979 600 Tonnen diejenige des Vorjahrs mit 7 936 511 Tonnen. Mangels an Rüben dürfte daher eigentlich nicht eintreten. Falls dies noch der Fall ist, so dürfte das auf andere Umstände, wie Ausfuhr in das Ausland, vielleicht auf spekulativen Befürchtungen im Handel und hauptsächlich auf die Transportmittelnot zurückzuführen sein. Mit Rücksichten (Rüben) sind 729 538 Hektar

bestellt und bei einem Durchschnittshälterertrag von 24,43 Tonnen nahezu 18 000 000 Tonnen errechnet werden. — Im Verhältnis recht ungünstig sind infolge der heißen, trockenen Sommerwitterung die Ernteziffern für Klee, Luzerne und Wiesenheu. Die Anbaufläche für Klee übersteigt mit 2 000 000 Hektar die des Jahres 1920 und auch diejenige des Friedensjahrs 1913. Die Erntemenge bleibt jedoch mit etwas über 7 000 000 Tonnen leider nahezu um 3 Millionen Tonnen hinter der des Vorjahrs und um 2 500 000 Tonnen hinter der des Jahres 1913 zurück. — Nicht ganz so schlecht ist die Luzerneerde. Die Anbaufläche übersteigt mit 251 648 Hektar diejenige des Vorjahrs und des Friedensjahrs. Die Erntemenge beträgt 1 147 367 Tonnen gegenüber 1 463 000 Tonnen des Vorjahrs und 1 381 000 Tonnen für 1913. Recht betrüblich sind auch die Zahlen für Wiesen. Die ganze Ernte für Bewässerungswiesen und andere Wiesen beläuft sich nur auf 17 171 708 Tonnen und bleibt mit über 6 000 000 Tonnen hinter der Ernte des Vorjahrs von 23 500 000 Tonnen und derjenigen des Friedens von 25 854 000 Tonnen weit zurück. Futtermittel werden daher recht knapp und teuer sein.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Dicht vor dem Abschluß.

Wie halbamtlich aus Genf mitgeteilt wird, sind die Arbeiten des größten Teiles der Unterausschüsse jetzt so weit gediehen, daß nunmehr ein Überblick über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen möglich ist. So hofft man, daß das gesamte Vertragswerk gegen Ende der nächsten Woche erledigt sein werde, jedoch können die Unterzeichnungsformalitäten erst später erfolgen.

Ein abschließendes Urteil über das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich noch nicht abgeben. Die Zahl der einzelnen Streitpunkte ist jedenfalls seit Beginn der Verhandlungen erheblich geringer geworden. Über bei den noch unerledigten Streitfragen haben sich die Meinungsverschiedenheiten eher noch verschärft. Im wesentlichen warten noch Probleme des Unterausschusses 5 (Altersfragen), 7 (Gewerkschaftsfragen), 16 (wichtige Liquidationsfragen), 11 (Minderheitsfrage), 12 (zwischenstaatliche Organisationen) der Lösung. Präsident Galander wünscht, daß auch in diesen Fragen eine unmittelbare Einigung zwischen den Beteiligten unter Vermeldung des Schiedsspruchs erfolgen möge. Es ist aber sehr fraglich, ob eine solche Einigung zu erreichen sein wird. Nebrigens schwelen noch eine Anzahl von Nebenvertragsverhandlungen, die in Posen (Posen), in Warschau (Elektrizität), in Berlin (Teilung der Knapschaften) usw. geführt werden.

Gegenseite in der Minderheitsfrage.

Besonders stark ist der Gegensatz in der Minderheitsfrage. Die polnischen Vertreter wollen lediglich Erfüllung des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1918 in das deutsch-polnische Abkommen. Nach deutscher Auffassung ist eine solche Übertragung auf die oberschlesischen Verhältnisse schon deshalb unmöglich, weil jener Vertrag den unlösbarer Zusammenhang zwischen Minderheitsrechten und Wirtschaftsfragen, wie er in Oberschlesien besteht, nicht berücksichtigt. Die deutsche Vertretung im 11. Unterausschuß dringt daher auf strenge Präzisierung aller Unwendungs möglichkeiten des Minderheitsjudes im einzelnen. So wollen die Polen die Minderheitsfrage von der Zuständigkeit der gemeinsamen Kommission ausschließen und bei Klägeln der Bevölkerung nur den Appell an den Volkerbund zulassen.

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen bestätigt von neuem, was übrigens stets von deutscher Seite vorausgesagt wurde, daß es leichter ist, eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit zu verschaffen, als sie nachher wieder zusammenzuleimen. Auf jeden Fall aber ist für Deutschland in den gegenwärtigen Einigungsbemühungen bei aller Versöhnlichkeit nur ein Ausgleich möglich, der nicht den Lebensinteressen des Reiches, wie den Rechten der oberschlesischen Bevölkerung widerspricht. Auch lassen die deutschen Bevollmächtigten keinen Augenblick einen Zweifel darüber bestehen, daß selbstverständlich eine Einigung in den hier zu lösenden Fragen, so vollständig sie auch sein mag, das schwere Unrecht nicht aus der Welt schaffen kann, daß der Beschluß vom 20. Oktober dem deutschen Volke und dem losgerissenen Teil Oberschlesiens zufügte.

Das Kind als Schulpfand.

Französische „Menschlichkeit“.

Im Reichstag ist an die Regierung eine Anfrage über die Befreiung eines deutschen Kindes in Frankreich als Schulpfand gerichtet worden, auf die jetzt die deutsche Regierung geantwortet hat. In dieser Antwort wird das ganze unmenschliche Verhalten der Franzosen durch eine genaue Darstellung des Sachverhaltes illustriert. Wir entnehmen aus der amtlichen Darstellung, daß die französische Familie Demange in Nancy sich zur Herausgabe eines deutschen Mädchens, Marcella Heymann, dessen Eltern Deutsche sind und in Deutschland leben, nur bereit erklärt hat, wenn ihr vorher die Unterhaltungskosten mit 2 Franc pro Tag erstattet werden. Die Herausgabe des Kindes ist seit Oktober 1918 von der schweizerischen Vertretung und von der deutschen Botschaft in Paris auf das energischste betrieben worden. Letztere hat geltend gemacht, daß die Familie Demange keineswegs das Recht habe, die Herausgabe des Kindes von der vorherigen Bezahlung der Pflegekosten abhängig zu machen.

Die französische Regierung hat jedoch diesen Vorstellungen nicht nachgegeben. In längster Zeit haben allerdings die Franzosen in mehreren anderen Fällen die Herausgabe deutscher Kinder, die sich in französischer öffentlicher Armenpflege befunden haben, angeordnet und dabei keinen Kostenersatz verlangt. Mit Rücksicht auf diese neue Stellungnahme der französischen Regierung ist die deutsche Botschaft ersucht worden, auch wegen der Herausgabe des Kindes Marcella Heymann bei der französischen Regierung erneut vor-

zu treten und gleichzeitig zu betonen, daß es nicht nur rechtlich unhaltbar ist, daß ein Kind den Eltern vorzuenthalten, sondern daß ein solches Verhalten auch jedem menschlichen Empfinden widerspricht. Bisher ist auch dieser Schritt ohne Erfolg geblieben.

Die deutsche Regierung hat, wie aus der Antwort auf die Anfrage weiter hervorgeht, die Absicht, die Herausgabe des Kindes jetzt auf gerichtlichem Wege zu betreiben. Hoffentlich gelingt es dadurch, den traurenden deutschen Eltern ihr Kind zuzuführen. Der ganze Fall beweist aufs neue, wie es mit der „Mitterlichkeit“ der „großen Nation“ bestellt ist. Was Wunder, wenn wir „Barbaren“ für diese Mitterlichkeit nicht das nötige Verständnis aufzubringen vermögen.

Politische Rundschau.

Wie der „Vorwärts“ mittelt, hat Reichspräsident Ebert bereits in einem Schreiben vom Oktober 1921 an den Reichsanziger baldige Neuwahl des Reichspräsidenten gewünscht.

Die Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates, in der über die Möglichkeiten für die Konzentration von Genua beraten werden soll, ist auf den 1. März vertagt worden.

In einigen Tagen wird ein neues Reichshandbuch erscheinen, das erste seit der Revolution. Es wird einen Überblick über die jetzt vorhandene Behördenorganisation geben.

Die Reichsregierung und Genua. Wie in Berliner Parlamentskreisen verlautet, duldet die deutsche Regierung auf die französische Note über die beantragte Verschiebung der Konferenz von Genua keine Antwort erteilen, sondern sie lediglich zur Kenntnis nehmen, da Deutschland als eingeladener Staat auf das an den Einladenden festzuhaltende Datum des Konferenzbeginnes keinen Einfluß hat.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner erklärt in einer an den Reichsverkehrsminister gerichteten Denkschrift, aus dem Ausgang ihrer letzten Vorstandssitzung ginge nichts über einen neuen Streitfall der Reichsgewerkschaft hervor. Der Vorstand gibt nochmals die feierliche Befreiung ab, daß ihn keine verdeckten Ziele zu seinen Handlungen veranlassen, daß er aber die einzige Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe in der Erfüllung der gemachten feierlichen Zusagen und der Unterlassung unnötiger Provokationen im Sile und Sinne des ausgeführten Erlasses sieht. Anschließend glaubt der Vorstand feststellen zu können, der Erlass bedeute einen ersten direkten Angriff auf die Organisation.

Der augenblickliche Stand der Reichsschuld. Dem Reichstage ist ein „Überblick über den Entwurf des Reichshaushaltplanes 1922“ zugegangen. Danach betrug am 30. September 1921 die fundierte Schuld 73 495 104 900 Mark; davon entfielen 57,3 Milliarden auf die 5 proz. Kriegsanleihen. Durch unverzügliche Schahaneinschüsse waren an schwedender Schuld bis zum gleichen Termin 210 408 460 300 Mark flüssig gemacht. Bevollmächtigt waren Kredite im Betrage von 282 457 293 083 Mark. Rechnet man die weiteren Nachtragsbewilligungen über den Etat von 1921, sowie die durch den Etat von 1922 angeforderten Summen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbetrag der bisher bewilligten und angeforderten Kredite von nicht weniger als 576 851 371 541 Mark; davon waren am 30. September 366 442 911 241 Mark noch offen. In ihnen sind die 183½ Milliarden Reparationsdefizite des Etats 1922 enthalten. Wie unsere Währung aussehen, wenn diese 366½ Milliarden bis Ende 1922 „flüssig gemacht“ würden, kann man sich vorstellen.

Gewaltherrschaft in Oberschlesien. General Le Rond hat den französischen Kreiskommissaren die Befreiung erteilt, im Falle von Anfeinden für deutsche Ausbreitungen gegenüber französischen Truppen sofort den Belagerungszustand über ihre Kreise zu verhängen und mit aller Energie vorzugehen. Angehörige Mitglieder nationaler Kreise seien unverzüglich als Geiseln festzunehmen. In Oberschlesien sei nunmehr genug französisches Soldatenblut geopfert worden, weitere Opfer dürfen unter keinen Umständen mehr zu gelassen werden.

Moderation des Reichsversorgungsgesetzes. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes wurden abgeschlossen. In verschiedenen Fragen hat die Regierung eine Berücksichtigung oder nochmalige Präzisierung der Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegsverletzten zugesagt. So sollen die Eltern für die Gestandmachung von Rentenanträchen um ein Jahr verlängert, die Pflegezulage für Hilflose wesentlich erhöht werden. Der Erhöhung der Grundrente für Waisen und Kriegereltern, die der Reichsbund so lange hat, steht die Regierung zugestimmt. Sie wird diese Erhöhung in der großen Novelle vornehmen und bis dahin durch leichte Zusätze zu den Renten dem Rotstand abhelfen. Als Ausgleich der gegenwärtigen Teuerung verlangte der Reichsbund mit Zustimmung der anderen Organisationen eine Verdopplung der gegenwärtigen Renten. Wird diesem Verlangen Rechnung getragen, so überschreiten die Renten eines erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten und die Renten der Hinterbliebenen die Höchstgrenze der Erwerbslosenunterstützung nur um ein Sehriges, teilweise werden die erhöhten Renten sogar noch unter der Erwerbslosenunterstützung bleiben. Hier soll der Gehaltbetrag nach dem Vorschlag des Reichsbundes durch Fürsorgevorschüsse ausgeglichen werden. Die Vertreter der Regierung betonten, daß bei der Erhöhung der Renten von der Bedürftigkeit ausgegangen werden sollte. Die gegenwärtig an erwerbslose Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene gezahlten Zusätze werden für März wahrscheinlich verdoppelt werden.

Abänderung des Reichsvereingesetzes. In einer der nächsten Kabinettssitzungen wird der im Reichsministerium des Innern fertiggestellte Entwurf eines neuen Reichsvereingesetzes durchberaten werden, um dann alsbald den gesetzgebenden Körperschaften zugezogen. Besentliche Bestimmungen des alten Reichsvereingesetzes von 1908 sind inzwischen durch die Weimarer Verfassung überholzt worden. Die Anpassung des Vereins- und Versammlungsrechtes an ihre Bestimmungen ist bisher von den einzelnen Landesverwaltungen recht verschiedenartig vorgenommen worden.

Soziales.

■ Gegen die Kapitalflucht ins Ausland. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht. Der Entwurf sieht eine Verlängerung der Geltungsdauer bis zum 31. März 1923 vor. Von besonderer Wichtigkeit sind jetzt nach einer Mitteilung des Regierungsvorstellers die Verhandlungen mit dem Auslande, die eine gegenseitige Rechtshilfe abnehmen. Ein derartiger Vertrag ist mit der Tschechoslowakei bereits abgeschlossen, mit Österreich, Holland und der Schweiz schweben Verhandlungen. Der Ausschuss stimmte dem Gesetzentwurf zu mit der Maßgabe, daß die Erlaubnis zur persönlichen Mitnahme von Zahlungsmitteln der Geldentwertung entsprechend bis zu 20 000 Mark erhöht wird.

■ Zur Auslieferung der Mörder Tatos schreibt die offizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ noch folgendes: „Über die Auslieferung hatte nicht die Reichsregierung, sondern die preußische Regierung zu entscheiden, da nach Artikel 103 der Reichsverfassung die Zuständigkeit den Ländern verblieben ist. Das Auswärtige Amt hat daher den Auslieferungsantrag der spanischen Regierung an die preußische Regierung weitergeleitet, die vor einigen Tagen sich für die Auslieferung entschieden hat. Sie ist dabei vermutlich der Auffassung gefolgt, daß die in der sogenannten Attentatsklausel der Auslieferungsverträge sich findende Verpflichtung zur Auslieferung bei Mord gegenüber dem Staatschef im Falle Tatos zutrifft, weil dieser als Ministerpräsident dem Begriff eines Regierungsmitglieds zu unterstellen ist. Lediglich findet sich in manchen von Deutschland abgeschlossenen neueren Auslieferungsverträgen, so in den mit Paraguay und der Türkei getätigten, die weitere Ausnahme, daß anarchistische Verbrechen nicht als politische angesehen sind und daher in solchen Fällen die Auslieferung ausläßt.“ Auf die Ermittelung der Mörder hatte die spanische Regierung bekanntlich eine Belohnung von 1 Million Pesetas (etwa 35 Millionen Mark) ausgesetzt.

■ Das Grundsteuergesetz in Thüringen. Der thüringische Landtag hat das Grundsteuergesetz, dessen Ablehnung im vorigen Jahr den Sturz des Ministeriums und die Auflösung des Landtages herbeiführte, mit einigen Abänderungen gegen die Stimmen des Landbundes bei Stimmabstaltung der Kommunisten angenommen.

■ Die Reichskonferenz der U. S. S. R., die im Reichstagsgebäude eine Sitzung abhielt, beschloß, die Aufnahme der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in die Partei zu genehmigen. Ferner wurde die Haltung jener Parteigenossen gebilligt, die für das Münzenabstimmungsgesetz gegen den Reichskanzler Wirth gestimmt haben.

■ Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten Le Trocquer dementiert formell die Nachricht, wonach er bestätigte, in Deutschland bedeutende Bestellungen an Schienen und Eisenbahnmateriale als Reparationsleistungen zu machen.

■ Nachdem die Nicola und Orlando es abgelehnt haben, das Kabinett zu bilden, hat der König von Italien u. a. Giolitti empfangen.

■ Der frühere englische Außenminister Lord Edward Grey hat sich mit Lady Glenconner, der Witwe eines selben Oberhausbürgers, verlobt. Lord Grey zählt 60 Jahre und ist seit mehreren Jahren Witwer.

■ Die Spanier haben im Bezirk von Melilla neue Stellungen erobern.

Frankreich: Lloyd George und Poincaré.

■ Amtlich wird erklärt, daß Lloyd George und Poincaré in ein oder zwei Tagen in Frankreich zusammenkommen würden, allerdings nicht in Paris. Die Unterredung der beiden Staatsmänner würde nur einige Stunden dauern und streng privaten Charakter tragen. — Neuer veröffentlichte jedoch eine Erklärung, in der der gemeinsame Wunsch Frankreichs und Englands hervorgehoben wird, daß eine private vertrauliche Unterredung zu dem gegebenen Zeitpunkt zwischen den beiden Premierministern stattfinden möge. Lloyd George werde nur von einem Sekretär begleitet und nicht länger als einen Tag von London abwesen sein. Die alliierten Sachverständigen würden erst nach der Zusammenkunft der beiden Premierminister ihre erste Sitzung abhalten.

Griechenland: Der griechisch-französische Zwischenfall.

■ Nach einer Meldung aus Athen hat die griechische Regierung die beschlagnahmte Kohlenladung des französischen Dampfers „Espoir“, die für die Türkei bestimmt war, nicht freigegeben, sondern nur das Schiff selbst. Die französische Regierung hat der griechischen Regierung daraufhin mitgeteilt, daß sie das nicht annehmen könne und daß sie eventuell Vergeltungsmaßnahmen gegen griechische Schiffe anwenden würde.

Amerika: England soll zahlen.

■ Präsident Harding hat dem Finanzausschuß des Repräsentantenhauses mitgeteilt, er hoffe, daß Großbritannien vor dem 1. Juli für mehr als eine Million Dollar Obligationen ausgeben werde, um einen Teil seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu begleichen. Der Präsident schlägt vor, diese Obligationen zu verkaufen, um den ehemaligen Soldaten Geldschädigungen zuzumuten zu lassen.

■ Protest gegen die Auslieferung der Spanier.

■ Berlin, 23. Februar. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund protestieren in einem gemeinsamen Aufruf gegen die Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Tato.

■ Gehör und die Reichswehr.

■ Berlin, 23. Februar. Im Reichstagsausschuss erklärte Reichswehrminister Gehrler, er könne die Versicherung abgeben, daß die Führer des Heeres ein absolut sicheres, verfassungstreues Instrument in den Händen der Regierung seien. Niemals während der Zeit seiner Amtsleitung sei das Heer den politischen Maßnahmen der Regierung entgegengetreten oder habe in irgend einer Weise die Politik der Regierung gehindert. Dass einzelne Fälle von Disziplinärdeutlichkeit oder törichten Neuherungen bei untergeordneten Organen des Heeres vorgekommen seien, werde nicht bestritten, käme aber auch in dem bestdisziplinierten Heere vor.

■ Arbeitgeber und Organisationszwang. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat zu dieser Frage eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Die Vereinigung hat von dem Bestreben verschiedener Gewerkschaftsgruppen Kenntnis erhalten, die Vorzeile der tariflichen Bestimmungen nur den Arbeitnehmern zukommen zu lassen, die in einem der drei hauptsächlichsten Gewerkschaftsverbände organisiert sind. Der Ausschuss tritt diesem Bestreben mit aller Entscheidlichkeit entgegen. Er lehnt es ab, sich beim Abschluß von Tarifverträgen von anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen und das Mittel der tariflichen Vereinbarung zu einem Mittel des Organisationszwanges ausarten zu lassen. Er ist des ferneren der Meinung, daß eine solche Forderung der verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsfreiheit widerspricht.“

Vollswirtschaft.

■ Berlin, 23. Februar. (Wörte.) An der Börse macht sich eine große Geldknappheit bemerkbar, über die die Meinungen sehr verschieden sind. Überall steht Geld. Niemand will finanziert. Man ist mit der Kündigung offenbar so hart herangegangen, ohne das richtige Augenmaß für die eigenen Mittel und die Bereitwilligkeit der fremden Mittel. Es heißt, daß die Geldgeber weder die Zeit, noch das Personal haben, um die Effeten, die sie hereinnehmen sollen, dauernd zu kontrollieren. Sie suchen also dieses Geschäft von sich abzuwenden. Im Verlaufe der Börse schien es übrigens, daß man aus der Geldnot am Ende wieder herausgekommen sei. Nach den ersten Kurzen war es fast überall fest.

■ Der Stand der Märkte. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	23. 2.	22. 2.	1914
100 holländische Gulden	8204	8241	167,— M.
100 belgische Franken	—	1845	80,— "
100 dänische Kronen	4525	4475	112,— "
100 schwedische Kronen	5706	5694	112,— "
100 italienische Lire	—	1063	80,— "
1 englisches Pfund	945	969	20,— "
1 Dollar	214	212	4,20 "
100 französische Franken	—	1940	80,— "
100 schweizerische Franken	—	4205	80,— "
100 tschechische Kronen	379	392	— "

■ Berlin, 23. Februar. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Mährischer und Westmährischer 555—560, Pommerscher 565—568, Roggen Mährischer 420—425, Sommergerste 408—415, Hafer Mährischer 377—382, Mais 370—365, Weizenmehl (100 Kilo) 1360—1480, Roggenmehl (100 Kilo) 1020—1110, Weizensteig 320—325, Roggensteig 320—325, Mais 860 bis 875, Blattwurzeln 560—580, Kleine Speiserüben 400 bis 450, Buttererbüben 390—410, Lupinen blaue 390—400, gelbe 560—540, Rapssuchen 385—400, Leinfladen 600, Krodenknecht 305—315, Rohwurzelknecht 330 bis 340, Tornmelasse 140—145. — Heu und Stroh. Haufjutterbericht für 50 Kilo ab Station. Bei Häufsel kostenfreie Säderstellung des Häufers. Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 54—57, drahtgepreßtes Haferstroh 56—60, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 47—50, loses und gebündeltes Krummstroh 36—40, Häufsel 64—66, handelsübliches Heu 135—145, gutes Heu 155—166 Mark.

Aus Stadt und Land.

■ Eine Offizierstragödie in Rathenow. In dem Café „Rheingold“ in Rathenow kam es zu einem aufgeregten Streit zwischen Offizieren, Wachtmeistern und dem Fähnrich des 3. Reiter-Regiments Graf Kalkreuth. Gegen Morgen verließ der Graf das Café und ging in die Kaserne. Er lehnte jedoch bewaffnet wieder in das Caféhaus zurück und erschöpft dort den unbeteiligten Kaufmann Hormann und sich selbst. Eine Untersuchung über den Vorfall ist im Gange.

■ General Nollets Chancier als Betrüger. Man kann es nicht gerade behaupten, daß die Einquartierung der Franzosen im Deutschen Reich in Form von zahlreichen Kommissionen unser Land um besonders ritterliche Ehrenleute bereichert hätte. Vielleicht scheinen sich die „Sieger“ zu bemühen, uns das Gegegnerte zu beweisen. Das Berliner Polizeipräsidium machte jetzt einer Schiebergesellschaft ein Ende, die Seidenstoffe für mehrere Millionen nach Polen geschmuggelt hatte. An der Spitze dieser Gauner stand ein edler Franzose, Emillon, der bisher in Diensten des Generals Nollet gesandt hatte, nun aber der Autohausposten mit einer Tätigkeit als „Kaufmann“ in Deutschland vertauscht hatte. Mehrere polnische Firmen, die in Berlin Seide einfuhrten, brachten einen sprachgewandten Kellner mit dem Transport der Seide nach Warschau. Da die Ausfuhr aufgeradem Wege nicht möglich war, trat der Kellner mit Emillon in Verbindung, der sich gerühmt hatte, als französisches Kuriergepäck alles über die Grenze schmuggeln zu können. Er hielt sein Versprechen und brachte große Posten Seide über die Grenze nach Warschau. Emillon hatte sich zur Durchführung seiner Schmuggelaktion eines Stempels der interalliierten Kommission bedient, der ihm häufig durch Freunde in die Hände gespielt wurde. Die Selden wurden dann anstandslos als Kuriergepäck, das an General Nolles oder General Niesoll adressiert war, über die Grenze gelassen.

■ Der gescheiterte „Kladaverabtissch“. Der Betrieb der bekannten humoristischen Zeitschrift „Kladaverabtissch“ ist von der Interalliierten Rheinlandkommission vom 20. Februar ab auf die Dauer von sechs Monaten im besetzten rheinischen Gebiet verboten worden.

■ Bei der Taufe ertrunken. In Horst bei Essen veranstaltete eine religiöse Sekte eine Tauffeier. Dabei verlor der Täufer, ein Bergmann aus Schonnebeck, als er die für die Vornahme der Handlung geeignete Stelle auswählten wollte, plötzlich in den Fluten und ertrank. Seine Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

■ Tragischer Tod eines Kreises. Im Sauerland ist in Detmold der praktische Arzt Dr. Vinnebörs auf tragische Weise aus dem Leben geschieden. Bei einer Geburtshilfe herangezogen, trug er das soeben geborene Kind auf seinen Armen und erklärte: „Sie der ist das Kind tot!“ Im selben Augenblick sank er selbst, vom Schlag getroffen, als Leiche zu Boden.

■ Ein moderner „Ring des Polizei“. Während im dem bekannten Schillerschen Gedicht ein fortgewanderter Ring sich im Magen eines Fisches wieder einstellte, hat sich in Wahrheit i. W. eine ähnliche Geschichte nur mit etwas prosaischeren Gestalten zugespielt. Ein Landwirt, der dort sein Schwein schlachtete, fand im Magen des Tieres ein Portemonnaie mit zwei Hundertmarksscheinen, das er vor einiger Zeit verloren hatte.

■ Verhaftung einer ganzen Stadtverwaltung. Der Gouverneur des amerikanischen Staates Kentucky (Vereinigte Staaten) hat die gesamte Stadtverwaltung in Newport durch seine Truppen verhaftet lassen. Sogar die Polizeibeamten der Stadt, die 30 000 Einwohner hat, wurden verhaftet. Die Stadtbehörden duldeten den Alkoholverkauf und bezogen daraus beträchtliche Gewinne. In Kentucky wird der Alkoholschmuggel in großem Umfang betrieben

odoch der Gouverneur sich veranlaßt sah, mit seinen Truppen die einzelnen Distrikte zu durchstreifen, um die geheimen Verkaufsstellen und Lager-Herr werden zu können. In Newport wurden das Rathaus, das Verwaltungsgebäude und andere öffentliche Amtsstellen militärisch besetzt und die sämtlichen Insassen in Haft genommen.

Meine Nachrichten.

■ Der Generalintendant der Berliner Staatsoper, Max von Schillings, dirigierte im Prager Repräsentationshaus als last die Prager Philharmonie. Er wurde von dem deutschen und tschechischen Musikpublikum begeistert begrüßt und erntete stürmischen Dank.

■ Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat den schwedischen Professor der Physik an der Berliner Universität behörigten Doktor Dr. Max Planck zum auswärtigen Mitglied ernannt.

Gerichtssaal.

■ Verurteilung des Obersten v. Thülander. In Ründen verurteilte das Urtagsgericht den Oberst v. Thülander wegen eines Verstoßes gegen die Verbrennung des Reichspräsidenten, laut der ehemalige Angehörige der bewaffneten Flotte, denen die Verleihung zum Tragen von Uniformen verliehen worden ist, hierzu nur bei besonders jetzt vom Reichslandrat bestimmten Anlässen Gebrauch machen dürfen, zu einer Geldstrafe von 500 Mark.

■ Notstermin im Fall Kähne. Im Fall Kähne stand jetzt in Pegnitz ein Notstermin statt. Die Gerichtsbehörden, Staatsanwaltschaft, der Angeklagte v. Kähne und die Zeugen begaben sich an den Tatort, wo der Gutsbesitzer den Arbeiter Nietert niedergeschossen hat. Kähne und einige Zeugen befanden, daß der Schuß auf den Arbeiter erst gefallen sei, nachdem Nietert nicht nur den Förster, sondern auch v. Kähne mit seiner Axt bedroht hatte. Kähne will also in der Notwehr gehandelt haben. Nietert wurde ebenfalls bei einer beabsichtigten Holzdiebstahl überrascht. Der schwerverletzte Arbeiter wurde im Krankenhaus vernommen. Er bestritt, daß v. Kähne in der Notwehr gegen ihn gehandelt habe.

Des Mannes Dämou.

Roman von Eric Einstein.

(40. Fortsetzung.)

„Heinz wird sich freuen, Sie endlich mal wieder zu sehen, Baron,“ sagte sie liebenswürdig. „Begrüßen Sie ihn einstweilen! Er sitzt wie ein Patriarch inmitten dieser brauen Leute, die so anbiedernd schwanken und mit dem Messer essen, und langweilt sich sicher zum Sterben! Ich selbst will nur einen Steinzug frische Lust schöpfen, denn da drinnen ist's furchtbarlich.“

Bern verbogte sich stumm und setzte seinen Weg fort, verwundert über sich selbst.

Wie seltsam fremd sie ihm heute erschien! Nein, ihr Unblit überwältigte ihn nicht länger und am wenigsten rief er ihn zurück aus dem qualvollen Traumland, in das er sich verirrt hatte . . . er ließ ihn nicht vergessen, wie er gehofft hatte . . . der alte Zauber war unverderblich dahin.

Inzwischen war Irene mit ihrem Begleiter lachend und plaudernd bis in den Obstgarten gekommen und trippelte dicht vor der alten Regelbahn vergnügt im Schne herum.

Wenigstens schien es Kollreut so, daß sie sehr vergnügt sei. An der Wahrnehmung ihrer heimlichen, unruhigen und durch den Garten schweifenden Blicke behinderte ihn sein ewig heruntertrüffelndes Monofel.

Die Regelbahn war aus dünnen, längst verwitterten Holzbrettern errichtet worden; befand sich jemand darin, so mußte dieser jedes Wort, das die beiden außerhalb sprachen, deutlich verstehen können. Auch hemerte Irene klopfende Kisse zwischen den schlechtgefugten Brettern, durch die man bequem ins Freie gehen konnte . . .

Geschickt wußte sie das Gespräch auf Paris zu lenken. Ihr junger Kavalier war zwar noch nicht dort gewesen, was zu erwähnen er wohlweislich unterließ. Wielmehr wunderte er sich darüber, daß sie jetzt mitten in der Saison dieser herrlichen Stadt den Rücken gekehrt und sich in die Einsamkeit Wildenmarks vergraben habe.

„Wahrscheinlich auf Wunsch des Herrn Gemahls?“ meinte er bedauernd; „für Kraut ist natürlich Paris nichts. Aber für eine Frau wie Sie, Gräfin — ah, das reine Paradies.“

„Sie irren, Herr von Kollreut. Es war im Geiste nicht mein Wunsch, daß wir Paris verlassen haben.“

„Nicht möglich, Gnädigste! Man hat Sie doch sicherlich angebetet und auf Händen getragen!“

„Wer sagt Ihnen, daß man mir hier nicht aufgeholt? — nur mit dem Unterschied, daß man im gesellschaftlichen Treiben der Großstadt lästigen Halbdingen legend eines beliebigen Narren nicht immer nach Wunsch ausweichen kann. In der Einsamkeit aber vermag man seinen Verkehr nach Belieben zu regeln und nur diejenigen zu empfangen, die man eben sehen will!“

Kollreut brach in ein geziertes Lachen aus.

„Ah so . . . ich verstehe, Gräfin! Fühlte mich so-

viel gescheitert — äh! — unter denjenigen, welchen zu sein."

Ein amüsiertes Lächeln streifte ihn. Doch schnell wurde sie wieder ernst, denn in der Kegelbahn war eben ein dumpfer Geräusch laut geworden, das wie ersticktes Stöhnen klang.

"Oho! Da scheint jemand drinnen zu sein!" sagte Kolkreut, stehen bleibend.

"Was liegt daran? Ein Betrunkener wahrscheinlich. Ohne das geht es ja bei diesen ländlichen Festen nicht ab. Lebendig tauschen wir ja keine Geheimnisse aus. Was wir sprechen, kann schließlich jeder hören."

Kolkreut, der sich eben noch eingebildet hatte, die schöne Gräfin habe ihm vertrauliche Geheimnisse aus ihrem Weibdamenleben andeuten wollen, blieb gleich enttäuscht darein.

Auch Irene war stehen geblieben. Ihr Blick streifte aufmerksam die rissige Breitwand. Und sie lächelte, als sie an einer Stelle etwas wie das Blitzen eines dahinter verborgenen Auges zu sehen glaubte.

Wie in gedankenloser Verstreitung zog sie den Bettel-Malveidas aus ihrem Handschuh und begann, ihn langsam in winzige Stückchen zu zerreißen, die sie in den Schnee verstreute.

"Was tun Sie da, schönste aller Frauen?" fragte Kolkreut, ihr mit albernem Lächeln aufsehend. "Hoffentlich ist es kein Billet-doux, dem Sie hier ein ebenso grausames als trauriges Ende bereiten?"

"Was fällt Ihnen ein?" Sie lachte silberhell auf. "Mit solchen Narretien gedeiht mich nicht ab. Es ist ein Bettelbrief, den man mir vorhin brachte. Und das ist die einzige passende Erledigung solcher Zubringlichkeiten." Sie sprach die letzten Worte mit erhöhter Stimme.

Damit schritt sie weiter, bem hause zu.

"Sie fühlen also keine Mission in sich, hier in der Gegend die glückliche See zu spielen wie etwa die Baronin Bildern auf Neukenstein, von der man sich wahre Legenden in dieser Beziehung erzählt?"

"Nein. Kennen Sie übrigens die Gilbern?"

"Ich wurde ihr einmal vorgestellt in Rosenhag, wo ich Besuch mache. Der alte Drehler nennt sie die herzvorragendste Frau, die er je kennen gelernt hat."

"Wirklich? Wie mein Mann mir erzählte, soll Drehler sich wie ein Bauer benehmen. Da dürfte er zur Baronin, die meines Wissens ihre Rühe selbst meist und auch eigenhändig tutters, ganz gut passen. Mit möchte sie in Paris, wo wir einander kennen lernten, den Eindruck eines sehr unbedeutenden Gänshens."

"Sie verleihen nicht mit ihr?"

"Nein." Irene war hochmütig den Kopf zurück. "Weder mit ihr, noch mit dem Bauer auf Rosenhag. Solche Leute sind nicht nach meinem Geschmack."

"Aun über die Baronin kann ich nicht urteilen," meinte Kolkreut, "sie ist sehr schön, aber wie mir schien, von fast hochmütiger Zurückhaltung. Dem alten Drehler indessen tun Sie doch ein wenig Unrecht, Gräfin. Er ist ein Original, das sich seine eigenen Gesetze gibt, aber im übrigen ganz Grandseigneur. Seine Leute vergöttern ihn und sein Wort gilt viel in der Gegend!"

"Ich ... Wollen wir jetzt nicht lieber in den Saal zu schließen?" unterbrach ihn Irene gelangweilt. "Mein Mann wird gar nicht begreifen, wo ich so lange bleibe!"

23.

"Schenken Sie, meine Herren, es ist doch so: so lange man jung ist, sucht man nur die Schönheit bei den Frauen. Wird man aber erst alt, dann kommt einem die Weisheit: Schönheit ist nichts und Güte alles! Bei mir vereint macht erst aus der Frau das Ideal! Wie können Sie glauben, ich bin ein alter Praktikus!"

Irene hörte diese Worte ihres Mannes, als sie am Tisch Kolreuts eintrat. Sie lächelte halb nachsichtig, halb spöttisch. Dann berührte sie Bernd, der nachlässig am Türposten lehnte und Wildenmarks Worte wie einer Offenbarung lauschte, leicht am Arm.

"So nachdenklich?"

Er fuhr auf und sah sie unsicher an. "Gardon, Gräfin — ich — ich habe Sie wirklich nicht bemerkt. Wo weilten Sie so lange?"

"Gut schöpfen. Sagte ich es Ihnen vorhin nicht?"

"Und ... wie gefällt Ihnen das Fest hier? Es geht noch sehr patriarchalisch dabei zu, nicht wahr? Einfach — ländlich — fast wie in den Feudalzeiten. Sie sind an derlei nicht gewöhnt. Es muss Ihnen komisch vorkommen, daß man stundenlang sitzt und tanzt und wieder sitzt ... und das alles sich bei solchen Gelegenheiten so schön zusammenfindet: Bauern und Herrenleute und Honoratioren, als wären sie eine Familie..."

Er sprach hastig, gedankenlos, unruhig. Wie einer, der nur spricht, um überhaupt etwas zu sagen. Dabei sah er seine Augen ängstlich und unsicher auf ihr. Bernd wußte, daß er den alten Zauber, den ihre Nähe sonst bestreift, über ihn geworfen. Er dachte an all die heimlichen Blicke, halben Verhöhungen und Hoffnungen, die sie früher aneinander gelehrt und die nun mutig und bloß wie etwas Welkes und Absterbendes ihre Anziehungskraft auf ihn eingebläht zu haben schienen ...

Irene betrachtete ihn bestremdet. Was macht ihn so unzert? Nebenwältigte ihn ihre langen behaarter Arme so völlig? Störten ihn die vielen Menschen ringum? Oder was ging sonst in ihm vor?

Nachdem sie sich durch einen raschen Seitenblick überzeugt hatte, daß niemand nahe genug stand, um ihre Worte verstehen zu können, flüsterte sie bedeutsam: "Ist das alles, was Sie mir zu sagen haben, Bernd? Was geht — und dieses alberne Fest an, zu dem wir beide ja doch aus ganz anderen Gründen gekommen sind! Oder nicht?"

Er stand stumm und sah an ihr vorüber. Deutlich malte sich etwas wie Qual in seinen bleich gewordenen Zügen.

"Haben Sie Geduld mit mir, Gräfin," sagte er endlich stockend. "Ich glaube, daß ich unwohl bin. Später werde ich höchstlich wieder ein besserer Gesellschafter sein."

Der Blick, der unverwandt auf ihm ruhte, suchte in seinem Innern zu lesen. Und ein Teil der Wahrheit

dämmerte langsam in ihr auf. Er liebte sie nicht mehr wie einst. Oder — er hatte nicht den Mut, den Kampf um seine Freiheit durchzuführen. Vielleicht hatte seine Frau ihm ungeahnte Hindernisse in den Weg geschoben.

"Ich will heute nur eins wissen, Bernd: Haben Sie mit Ihrer Frau gesprochen? Ich glaube, Sie hatten in Paris angekündigt ... Sie unterbrach sich hastig bei der Wahrnehmung, wie geradelt er plötzlich dreinblickte.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland für die Industrie durch Carl Jähne

Letzte Nachrichten

Rollot mit einer allgemeinen Waffendurchsuchung

Schlesiens betraut.

Karlsruhe, 23. Februar. Wie die "Baller Nachrichten" aus Paris zuverlässig melden zu können glauben, ist General Rollot der Auftrag des Botschafterrates erteilt worden, eine allgemeine Waffenkontrolle in der Provinz Schlesien durchzuführen und die Auflösung der noch bestehenden Regimentsverbände in Deutschland umgehend von der Berliner Regierung zu verlangen.

Übergabe Oberschlesiens

und Räumung von interalliierten Truppen.

Prag, 23. Februar. Wie von der Grenze gemeldet wird, sind dort Vorbereitungen im Gange, um im Laufe des März die interalliierten Truppen aus Oberschlesiens in 32 Eisenbahnzügen abzutransportieren. Oberschlesien soll bis zum 1. April den beiden Regierungen übergeben und von den alliierten Truppen geräumt sein.

Französischer Volksschulunterricht im Saargebiet.

Saarbrücken, 21. Februar. Der Regierungskommissar für Kultus- und Schulwesen hat nunmehr die Einführung des fakultativen französischen Unterrichts in den Volksschulen des Saargebiets vorgesehen.

Rückkehr der Schwarzen ins Rheinland.

Karlsruhe, 23. Februar. In Speyer, Worms und Pirmasens sind gestern schwarze französische Truppen eingetroffen. Auch in den übrigen französischen Garnisonen der Pfalz hat die allgemeine Ablösung der Wintertruppen durch farbige Soldaten am Montag begonnen.

Kein Beamtenstreik in der Schweiz.

Wer streikt, ist entlassen.

Basel. Dem "Baller Anzeiger" zufolge hat der Bundesrat der Bundesversammlung einen Nachtrag zum Beamtensteges zugehen lassen, wonach Beamte mit dem Entstieg in einen Streik aufzuhören, Beamte zu sein und damit ihren Pensionsanspruch ohne weitere Verfahren verlieren. Beamte, die streiken, treten ohne weiteres in ein freies Angestelltenverhältnis zum Bunde. Die Annahme des Gesetzes im Städterat und Nationalrat sei gesichert.

Einführung der deutschen Rollenpreise.

Eine neue französische Forderung.

Basel. "Temps" schreibt, der deutsche Banknotendruck wird am 1. April zwangsläufig stillgelegt. Das ist das erste Ergebnis der Verhandlungen der Kabinette, die jetzt der Reparationskommission vorliegt.

Schlachtmiehprixe auf dem Viehhof Dresden

am 23. Februar 1922.

Art	Wertklassen	Preise für 50 kg in Mark
Art	Wertklassen	Beben- Schätz- Gewicht
1. Rinder: A. Röden.	I. Rinder: A. Röden.	
1. Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	1275—1375	2350—2500
2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete, junges	1100—1200	2150—2300
3. Mäßig genährt junge, gut genährt ältere	950—1050	2050—2150
4. Gering genährt ältere jed. Alters	750—850	1950—2050
B. Rullen.		
1. Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	1300—1400	2275—2400
2. Vollfleischige jüngere	1150—1250	2125—2250
3. Mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	1000—1100	1950—2100
4. Gering genährt	800—900	1825—1950
C. Rölben und Rühe.		
1. Vollfleischige, ausgemästete Rölben höchsten Schlachtwertes	1273—1375	2350—2550
2. Vollfleischige, ausgemästete Rölben höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	1100—1200	2150—2300
3. Reitere, ausgemästete Rölben und gut entwickelte jüngere Rölben und Rölben	950—1050	2050—2150
4. Gut genährt Rölben und mäßig genährt Rölben	750—850	1825—1975
5. Mäßig und gering genährt Rölben und gering genährt Rölben	600—700	1725—1825
II. Rölben.		
1. Doppellender		
2. Beste Mäst- und Saugländer	1550—1600	2475—2575
3. Mittlere Mäst- und Saugländer	1400—1500	2325—2400
4. Geringe Rölben	1200—1300	2200—2300
III. Schafe.		
1. Mästammer und jüngere Mästammer	1200—1300	2400—2575
2. Reitere Mästammer	1000—1100	2275—2375
3. Mäßig genährt Mästammer und Schafe (Mergschafe)	700—900	1950—2500
IV. Schweine.		
1. Vollfleischige der selneren Rössen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren	1000—1900	2300—2425
2. Fleischschweine	2000—2100	2500—2625
3. Fleischige	1600—700	2150—2250
4. Gering entwickelte	1400—1500	2100—2175
5. Sauen und Eder	1500—1700	2000—2250
1145	Gehäftsang: Röder gut, Schweine langsam.	
	Ueberstand: 10 Ochsen, 1 Rullen, 3 Rölben, — Schafe.	
	Ueannahmepreise über Röder.	

Wetter - Aussichten.

26. Febr.: Vielfach Niederschlag, milde, teils Sonne.
27. Febr.: Wolken, vielfach trüb mit Nebel, nasshaft.
28. Febr.: Wolkig, tags milde.
1. Mär: Verdunstlich windig.
2. Mär: Wenig verändert, milde.
3. Mär: Vielfach Sonne, strahlend Regen, milde.
4. Mär: Wenig verändert.

Kirchen-Nachrichten.

Sonntag Elstal, den 26. Februar 1922.

Dippoldiswalde. Text: 1. Korinther 13, Vers 4-3. Vorm. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei, Pastor Stöck.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst, Sup. Michael.

Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst.

Johsbach. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Ripsdorf. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Fischer.

1/2 11 Uhr Kindergottesdienst: derfelbe.

Kreischa. 8 Uhr Beichte und Heiliges Abendmahl.

9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr kirchliche Unterredung mit den Jungfrauen aller dazu verpflichteten Jahrgänge. 3 Uhr Tauf-gottesdienst.

Possendorf. 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlseifer: Pastor Vorwerk.

Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Vorwerk. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst.

Reichenbach. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kinder-gottesdienst.

Ruppendorf. 9 Uhr Festgottesdienst mit Glöckchenweihe.

Sabsdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottes-dienst. (Kirche gebetet.)

Schellerau. 9 Uhr Predigtgottesdienst. (Kirche gebetet.)

Schönsfeld. 9 Uhr Legegottesdienst.

Schmiedeberg. Vorm. 1/2 Uhr heiliges Abendmahlseifer in der Sakristei; 9 Uhr Predigtgottesdienst; 10 Uhr Kindergottesdienst; nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kinder-gottesdienst in der Schule zu Paulsdorf.

Montag den 27. Februar 1922.

Possendorf. Abends 1/2 8 Uhr kirchlicher Gemeindeabend für die Orte Hänichen, Rippchen und Welschütze auf der "Goldnen Höhe".

Zeitungsmaterial

taufen Tiefe & Tiefen, Stuhlfabrik Seifersdorf.

50 Zentner Hafer

sucht zu kaufen

Sägewerk Lungwitz